

Kulturausschuss, 14.06.2004

Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs Auswertung des Besuchs am Ort des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Niederschöneweide (auf Antrag aller Fraktionen)

2. Schwerpunkt: Ehemaliges Zwangsarbeiterlager Niederschöneweide

Sen Dr. Flierl (WissKult) stellt dar, er habe den gemeinsamen Besuch mit dem Ausschuss beim Zwangsarbeiterlager als wichtig empfunden, weil sich nach dem Besuch die Vorstellungen von SenWissKult noch präzisiert hätten. Die Vorschläge von SenWissKult lauteten: Zwei Baracken seien als Gedenkstätte mit den üblichen Infrastruktureinrichtungen wie Dauerausstellungen, Seminar-, Bibliotheks- und Archivräume herzurichten. Eine weitere Baracke solle Raum und Infrastruktur für Übernachtungen im Sinne einer Workcamps geben. Eine intensive Gedenkstättenarbeit vor allem mit Jugendlichen solle erreicht werden, die Arbeit am Ort bzw. an anderen Gedenkstätten der Region leisten könnten. Die übrigen Baracken sollten in ihrem Bestand als Gegenstand weiterer Vor-Ort-Arbeit gesichert werden und zunächst als Denkmal dienen. Im Rahmen einer schrittweisen Entwicklung sei die Nutzung auf dem Gelände zu entwickeln, so dass Nutzungsideen, die beim Rundgang erörtert worden seien, eingebunden werden könnten, z. B. eine Restaurierungswerkstatt oder ähnliches. So solle das vorhandene und noch erkennbare Zwangsarbeiterlager erhalten bleiben, die verschiedenen Überformungen seien lesbar zu machen, und mit der Unteren Landesdenkmalbehörde sei eine Abstimmung zu erreichen, wie mit den weiteren Arealen des Geländes denkmal- und gedenkstattengerecht umgegangen werden solle, soweit dort noch Spuren gesichert werden könnten. Es erfordere möglicherweise die Mitarbeit von SenStadt, um Ensembleschutz oder ähnliches zu erreichen.

Ein in sich schlüssiges Betreuungskonzept für das Teilgelände sei nötig. Unter dessen Voraussetzung könne das Grundstück aus Mitteln von SenStadt erworben werden, in das Fachvermögen von SenWissKult überführt und mit SenStadt gemeinsam mit Strukturfondsmitteln durch das SPI hergerichtet werden. Beabsichtigt sei ein institutionelles Dach, eine Kooperation mit der Stiftung Topographie des Terrors. Der örtliche Förderverein solle über einen Arbeitsausschuss in die laufende Ausdifferenzierung des weiteren Nutzungskonzepts, in die Präzisierung des Ausbaukonzepts, einbezogen werden. Die verschiedenen lokalen Initiativen sollten im Beirat der zukünftigen Einrichtung vertreten sein. Mit dieser zunächst bescheidenen, aber auf die Kernnutzung konzentrierten Nutzungskonzeption sei der entscheidende Anfang gesetzt worden. Eine regelmäßige Aufwendung in Höhe der Betriebskosten von 365 T€ sei für die Gedenkstätte erforderlich, und er werde sie im Haushalt von SenWissKult ab 2006 sicherstellen. Alles dies solle Gegenstand einer Senatsvorlage werden, damit SenStadt die vorhandenen, aber nur für öffentliche oder öffentlich gesicherte Nutzungen verfügbaren Mittel einsetzen könne. Er erwarte, dass mit den 360 T€ und der Kerninfrastruktur eine Projektarbeit beginnen könne, die mit der bei SenInn angesiedelten Projektgruppe für Zwangsarbeiterauskünfte kooperieren könne. Insbesondere mit den Zwangsarbeiterorganisationen, die europaweit bestünden und in Deutschland entsprechende Partner hätten, und vor allem mit der Stiftung Zwangsarbeit solle Projektarbeit betrieben werden. Im Jahr 2006 solle die Arbeitsaufnahme der Gedenkstätte ermöglicht werden. Damit könne ein wichtiges Projekt der Koalitionsvereinbarung umgesetzt werden. – Er bitte darum, den vom Abgeordnetenhaus bis Mitte Juni erwarteten Abschlussbericht wegen der angegebenen Prozedur bis zum 31. 10. 04 erstatten zu können. Inzwischen habe die Einberufung der Projektgruppe in Schöneweide stattgefunden. Hier sei ein hoher Konsens mit SenStadt festgestellt worden. Eine zügige Realisierung könne daher angegangen werden.

Frau StS Dunger-Löper (SenStadt) ergänzt, in der Projektgruppe sei eine Modifikation gegenüber dem den Abgeordneten auf dem Gelände vorgestellten Projekts vorgenommen worden. Nach Ankauf solle das Grundstück direkt in das Fachvermögen SenWissKult übergehen, und der weitere Betrieb solle in diesem Einzelplan sichergestellt werden. SenStadt sehe sich in der Lage, den Ankauf durchzuführen und zu finanzieren. Auch Mittel für eine bauliche Instandsetzung würden seitens

SenStadt bereitgestellt. Die genaue Kalkulation – zuletzt seien 1,3 Millionen € genannt worden – könne gegenwärtig noch nicht genannt werden, weil es nun zu einer veränderten Nutzung kommen werde, wie Sen Dr. Flierl vorgetragen habe. 1 Million € sollten nur unwesentlich überschritten werden.

Frau Vors. Ströver fragt, welche Prozesse auf dem Gelände in Kooperation zwischen SPI, SenBildJugSport und SenWissKult stattfinden könnten.

StS Härtel (SenBildJugSport) antwortet, die bisher geplante Aufgabenstellung und Verantwortlichkeit des SPI sei gemäß der Darstellung von Sen Dr. Flierl nicht mehr aktuell. SenBildJugSport sei insofern weiterhin involviert, als die Verwaltung alles daran setze, für solche Gedenkstätten zu werben, sie in den Unterricht einzubeziehen und deutlich zu machen, dass sie im Schulalltag berücksichtigt werden sollten.

Frau Abg. Harant (SPD) betont, die authentischen Stätten in Berlin müssten noch besser in die Bildungsarbeit der Schulen einbezogen werden. – Sie begrüße die Ergebnisse der Bemühungen um das Gelände. Es habe sich gezeigt, dass der Ansatz des SPI so nicht umgesetzt werden könne. Sie hoffe, dass der neue Vorschlag relativ schnell, in den nächsten zwei Jahren, dazu führe, dass vor Ort gearbeitet werden könne. – Die Kosten seien noch nicht klar. Bisher sei angenommen worden, dass ein wesentlicher Teil der Bewirtschaftungskosten durch Mieteinnahmen hereinkämen. Wenn dies zunächst wegfalle, müsse SenWissKult einspringen. 360 T€ seien sehr knapp bemessen. Wie beurteile der Senator die Chance auf eine Bundesbeteiligung auch bei den Kosten? Sei die Träger- und Betreiberschaft endgültig geklärt?

Frau Abg. Dott (PDS) bekundet ihre Zufriedenheit darüber, dass nach dem Besuch des Ortes durch den Ausschuss die Dinge endlich in Bewegung und einer Lösung nahe gekommen seien. Es sei richtig, dass alle vor Ort Beteiligten, auch der Bezirk, einbezogen würden. Die von der Koalition vorgelegte Erklärung (Text siehe Beschlussprotokoll) solle den Prozess unterstützen helfen.

Frau Abg. Herrmann (CDU) fragt, welche Gebäude zu dem Ensemble der Gedenkstätte gehören sollten. Sollten alle dort Ansässigen ggf. enteignet werden, um den Erwerb zu ermöglichen? Sei weiterhin ein Untermietvertrag mit dem Bezirk z. B. für eine Seniorentagesstätte beabsichtigt? Letzteres befürworte sie nicht. Eine Übernachtungsstätte für junge Menschen, die sich mit dem Ensemble beschäftigten, wäre positiv. Hier solle die Jugendverwaltung mit ins Boot genommen werden und sollte möglicherweise auch finanziell dazu beitragen, um die Baracken herzurichten. Der vorliegenden Erklärung stimme ihre Fraktion zu.

Frau Abg. Meister (FDP) stimmt der Erklärung ebenfalls zu. Eine Seniorenstätte auf dem Gelände wäre wohl nicht angebracht. Zunächst solle die Kernnutzung realisiert werden. Die Senatsschulverwaltung möge sich finanziell beteiligen.

Frau Vors. Ströver sieht die Senatsjugend- und Bildungsverwaltung ebenfalls in der Pflicht. – Es sei nicht glücklich, dass das SPI nun so „ausgebootet“ werde, obwohl es von Anfang an das Gelände mit erschlossen habe. Dennoch unterstütze sie den Vorschlag von SenWissKult. – Die Koordinierungsstelle für Zwangsarbeiterentschädigung bei SenInn solle nun aufgelöst werden. Was geschehe mit den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mit den umfangreichen Archivbeständen? Sei es möglich, die Bestände mit dem Zwangsarbeiterlager zusammenzuführen? Auch die erstellte Datenbank solle an diesem Ort für weitere Forschungsprozesse nutzbar gemacht werden.

Sen Dr. Flierl (WissKult) antwortet, Trägerschaft und Betreibung könnten auch auseinander fallen. Die Stiftung Topographie des Terrors übernehme dankenswerterweise die Trägerschaft. Im Rahmen der Projektentwicklung könne geprüft werden, ob eine Verselbstständigung unter dem Dach oder eine völlige Verselbstständigung möglich sei. Zunächst solle das Dach genutzt werden, weil eine Mitfinanzierung des Bundes erreicht werden solle. Der sehr knappe Finanzrahmen solle durch Bundesfinanzierung aufgestockt werden. Nach der geltenden Gedenkstättenkonzeption des Bundes könnten bei gesamtstaatlichen Angelegenheiten bis zu 50 % finanziert werden. Im günstigsten Fall

könne derselbe Betrag noch einmal daraufgelegt werden. Das SPI solle zwar nicht mehr die Projektentwicklung, aber die bauliche, denkmalgerechte Herrichtung weiter betreuen.

Das Gelände im engeren Sinne sei das durch das Impfstoffinstitut bewahrte Gelände. Die anderen Nutzungen sollten nicht vertrieben werden. Aber es sei zu überlegen, ob unter planungs-, bau- und denkmalrechtlichen Aspekten bestimmte Spuren erkennbar gehalten oder für die Renovierung an anderer Stelle genutzt werden sollten, z. B. originale Fassaden oder Fenster. Dies dürfe nicht verfallen, sondern müsse im besten Fall geborgen werden und an anderer Stelle als authentischer Beleg dienen.

Es sei eine Kernnutzung beabsichtigt und eine konsequente, konzeptionell begründete Ausweitung der Nutzung und keine additive Vermischung vonnöten. Daher sei vom Bezirk der Plan, die Seniorenfreizeitstätte zu verlagern, aufgegeben worden. Er hoffe auf Mitwirkung des Bezirks, der dem Anliegen vielfältige Unterstützung habe zuteil werden lassen, z. B. in einer Art Patenschaft des Natur- und Grünflächenamtes für das Freigelände, und sei es, dass Jugendliche in einem Workcamp im Umgang mit den Grünflächen angeleitet würden.

Natürlich seien Wünsche an SenBildJugSport vorhanden, aber er sei schon dankbar, wenn eine gut funktionierende Kooperation erreicht werde, so dass Unterrichtsmaterialien für eine Gedenkstätte erstellt würden oder die Abhaltung von Unterricht an der Gedenkstätte ermöglicht werde. SenWissKult mache nicht wenig Kinder- und Jugendarbeit ohne die SenBildJugSport, z. B. lange Nächte des Märchens oder der Literatur für Kinder und Jugendliche.

Die Informationen aus der Zwangsarbeiterauskunftsstelle würden im Landesarchiv gespeichert und gesichert und auf diesem Weg für die Gedenkstätten genutzt. Das Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solle möglichst genutzt werden, möglicherweise in der Weiterführung der Gedenkstätte, insbesondere da Personen dabei seien, die langjährige Gedenkstätten- und Geschichtsarbeit repräsentierten. Die Aufarbeitung der Archivmaterialien sei in den genannten 360 T€ nicht enthalten, sondern sie erfordere Mittel für Erstausrüstungen. Er hoffe, dass die Bundesstiftung ihrem Errichtungs- und Satzungszweck gemäß Projektmittel bereitstelle. Die Förderungswürdigkeit werde sicherlich erreicht werden.

Frau StS Dunger-Löper (SenStadt) ergänzt, es treffe nicht zu, dass das SPI nicht mehr mitwirke. Es sei insgesamt in diesem Bereich für die Stadtentwicklung tätig und werde auch in dem Projekt weiterhin tätig sein. Der durch das SPI akquirierte Verein Restaurierungszentrum solle dort untergebracht werden, und das SPI werde, da am 21. 6. 04 eine weitere Sitzung des Lenkungsgremiums erfolge, dafür einen überarbeiteten Kosten- und Maßnahmenkatalog erstellen.

StS Härtel (SenBildJugSport) antwortet zur Frage nach der Übernachtungsstätte, der Haushalt von SenBildJugSport biete keine Möglichkeit für eine Unterstützung, die Mittel seien dort nicht etatisiert. Für andere Unterstützungsmöglichkeit sei die Verwaltung offen, auch für die Suche nach anderen, die so etwas in ihrer Verantwortung mit betreiben könnten. – Die enge Zusammenarbeit mit SenWissKult werde weiterhin betrieben. Zu Hohenschönhausen etwa seien umfangreiche Unterrichtsmaterialien erstellt und zwei halbe Lehrerstellen zur Verfügung gestellt worden, um die Arbeit dort kontinuierlich unterstützen zu können und zu erreichen, dass mehr Schulklassen derartige Angebote wahrnehmen. Das LISUM werde auch auf solche Angebote von Gedenkstätten hinweisen. Auch für das Zwangsarbeiterlager würden unterstützend Materialien für die Berliner Schule erstellt. Auch im Zusammenhang mit dem Forum zeitgeschichtliche Bildung am 10. 5. 04 habe SenBildJugSport deutlich gemacht, dass die Gedenkstättenarbeit in Berlin mit den beteiligten Verwaltungen sehr viel stärker vernetzt werden solle, damit die Angebote verlässlich und nachhaltig für Schulen und Jugendbildungseinrichtungen in Anspruch genommen werden könnten. Auch die vertiefte Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg sei auf gutem Weg.

Der **Ausschuss** beschließt einvernehmlich, die von der Koalition vorgelegte Erklärung mit einem Schreiben an den Senat zu richten. – Er bitte, in der angekündigten Mitteilung – zur Kenntnisnahme – die angesprochenen Fragen mit zu beantworten.